

VORAN

70
Pfennig

Hansaring 4
5000 Köln 1
0221/134504

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Stoppt die Zerschlagung der Post



Sichert die Post -
Rettet
das Fernmeldewesen

„Die Neuorganisation der Post läßt die Post so, wie sie Millionen Bürger haben möchten – bürgernah . . . Denn unser oberstes Gebot ist auch in Zukunft: ein überall erhältliches und dabei kostengünstiges Angebot in hoher Qualität.“

Das verkündete Post-Minister Schwarz-Schilling auf Kosten der Steuerzahler in ganzseitigen Anzeigen in der Tagespresse. „Bürgernah“ und „kostengünstig“ soll es sein, wenn die 20 freien Gebühreneinheiten gestrichen werden und der Zeittakt bei den Ortsgesprächen um 2 Minuten gekürzt wird?

Die Ferngespräche sollen dafür billiger werden. Aber wer profitiert davon? Nicht die kleinen Privatkunden, sondern Großunternehmen mit Geschäftsbeziehungen über weite Entfernungen.

„Bürgernah“ soll die von Schwarz-Schilling erlassene „Personal-minderung“ im Briefzustelldienst sein. Die Zustellbezirke werden vergrößert. Das bedeutet, daß Briefe, Zeitungen, Päckchen später ausgeliefert werden und die Briefträger unter enormen Zeitdruck stehen. Neben Serviceverschlechterungen für die privaten Haushalte führen die geplanten Maßnahmen vor allem zu Personalabbau. 10.000 Stellenstreichungen sollen es bis zum Jahresende 1988 sein.

Doch das ist erst der Anfang. Gelingt es der Bundesregierung, die Post zu zerschlagen, wird der Kahlschlag erst richtig beginnen. Die Entwicklung bei der Bahn gibt uns einen leichten Vorgeschmack für das, was bei der Post auf uns zukommt.

1982 übernahm der IBM-Manager Gohlke den Vorstandsvorsitz bei der Bahn. Der Privatmanager sollte für frischen Wind im Staatsbetrieb Bahn sorgen. Das Ergebnis: massiver Personalabbau, Streckenstilllegungen, Bahnhofsschließungen, Wucherfahrpreise und trotz allem ein Rekorddefizit von fast 4 Milliarden Mark 1987. Jetzt droht der Total-Ausverkauf mit noch verheerenderen Folgen für Eisenbahner und Fahrgäste. Ähnliches droht uns bei der Post.

Was plant die Bundesregierung?

Die „Reform der Bundespost“ ist für die Kohl-Regierung neben der „Reform im Gesundheitswesen“ und der „Steuerreform“ eines ihrer Hauptziele.

Geplant ist, die Bundespost in drei Einzelunternehmen aufzuteilen, und zwar in die gelbe Post (Brief- und sonstiger Zustelldienst), die graue Post (Fernmeldewesen) und die blaue Post (Postbankwesen).

Diese einzelnen Unternehmen sollen für sich kostendeckend geführt werden bzw. es soll nur noch dann Quersubventionen geben, wenn die einzelnen Bereiche den möglichen Rationalisierungsspielraum voll ausschöpfen. Der Verlust bei der gelben Post wurde bisher von den Gewinnen im Fernmeldewesen mehr als ausgeglichen. Trotz der Verluste von 2,2 Mrd. DM bei der gelben Post 1986 machte die Gesamtpost einen Gewinn von 3,3 Mrd. DM. Müßte die Post nicht 10% ihrer Betriebseinnahmen an die Bundesregierung abführen, hätte der Gewinn 8 Mrd. DM betragen.

Die hohen Verluste bei der gelben Post kommen zur Hälfte vom Paketdienst. Dies liegt daran, daß in diesem Bereich die Privatisierung gewinnbringender Teile bereits vollzogen ist. Private Pakettransportunternehmen wie UPS und DPD haben zu 80% den lukra-



NEIN zum Arbeitsplatzabbau

Die Hauptbetroffenen bei der Zerschlagung der Post sind die 550.000 Postbeschäftigten. „Experten“ der Regierungskommission Fernmeldewesen haben bei der gelben Post eine „verdeckte Arbeitslosigkeit“ von 33%, im Fernmeldewesen von 23% festgestellt. Im Klartext: 150.000 Arbeitsplätze sollen verschwinden. Soll das der Beitrag der Bundesregierung zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit sein?

Direkt verbunden mit dem Arbeitsplatzabbau ist die weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen: mehr Schichtdienst, Untergrabung tariflich erkämpfter Leistungen und Rechte. Vor allem in den privatisierten Bereichen wird es einen enormen Druck auf die Beschäftigten geben.

Schwarz-Schilling hat bereits damit begonnen, die Postbeschäftigten auf härtere Zeiten einzustimmen. Er gibt laufend Verfügungen heraus, mit denen die Postler unter Druck gesetzt werden. Die Postbelegschaft soll bis zur Privatisierung auf eine olympiareife Mannschaft gebracht werden.

Nach einer dieser Ministerverfügungen sollen 1988 10.000 Stellen gestrichen werden, was für die gelbe Post bedeutet, daß die Zustellbezirke pro Postbote größer werden. Die Post wird ihre Empfänger noch später erreichen: Das Postministerium will die Postboten in einem „rollierenden System“ arbeiten lassen: Im Schichtdienst sollen sie mal diesen, mal jenen Ortsteil beliefern.

Bis 1990 sollen bereits 40.000 Stellen bei der Post verschwunden sein. Statt 400 Fernsprechvermittlungsstellen (1986) soll es nur noch 100 digitalisierte geben. Dadurch sollen 7000 Arbeitsplätze abgebaut werden.

Die Vollautomatisierung der Telefonauskunft soll 3900 Arbeitsplätze kosten. Durch die Zentralisierung und Automatisierung der Briefverteilung sollen 4000 Arbeitsplätze – hauptsächlich von Frauen – verschwinden.

Arbeitsbedingungen verschlechtern sich

Oft trifft man auf das Vorurteil, daß die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst sicher seien, das Arbeitsklima locker und die Beschäftigten – vor allem die Beamten – viel verdienen würden. Die Wirklichkeit sieht ganz anders aus. Abgesehen von den Spitzenbeamten sind Arbeitsbelastungen und Entlohnung alles andere als ein Honigschlecken. Ein Facharbeiter im öffentlichen Dienst verdient in der Regel weniger als in der Privatindustrie. Die Beamten im einfachen Dienst verdienen einen Hungerlohn.

So verdient z.B. ein 20jähriger lediger Beamter im Briefabgang („Paketverwurf“) im unregelmäßigen Wechselschichtdienst in der Eingangsstufe für den mittleren Dienst (Besoldungsgruppe A5) ca. 1200,- DM netto zuzüglich 75 Pfennige pro Stunde für die Nachtschicht (22–6.00 Uhr). Dies macht nur 30,- DM im Monat aus. Oft wechselt die Dienstzeit täglich. Und man muß bedenken, daß ca. 3/4 aller Postbeamten im einfachen Dienst arbeiten! Viele Postbeschäftigten können sich nur mit Nebenjobs über Wasser halten.

Die Arbeitsbedingungen kratzen an der Gesundheit. Anfang der 80er Jahre mußten bereits 80% der Postbeschäftigten im einfachen und mittleren Dienst krankheitshalber frühpensioniert werden.

Durchrationalisierte Paketzustellämter unterscheiden sich nicht mehr von einer modernen Fabrik: Lärm, Fließband, Bildschirm. Und noch ist es so, daß im modernisierten Paketzustellamt, wo die Arbeiterinnen am Fließband abwechselnd auf Bildschirm und Paket schauen müssen, keine stündlichen 5-Minuten-Pausen gewährt werden wie bei reiner Bildschirmarbeit.

Circa 1/3 der Postbeschäftigten sind Frauen. Davon arbeitet die Hälfte Teilzeit im Schichtdienst. Sie leiden unter besonders schlechten Arbeitsbedingungen.

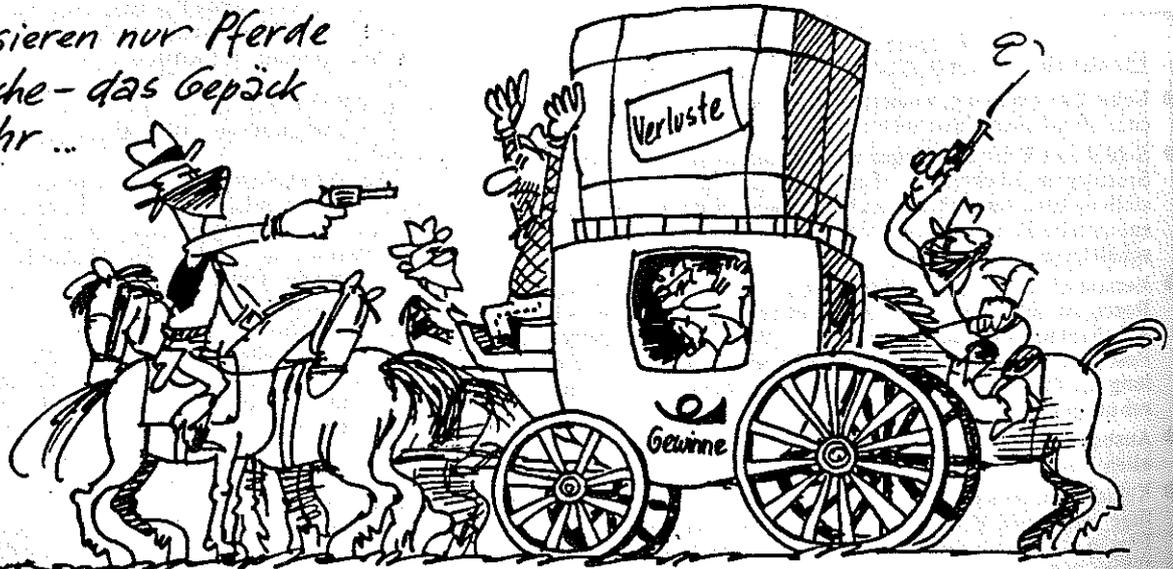
Weitere Verschlechterungen können nicht hingenommen werden.



Deshalb fordern wir:

- Schluß mit Arbeitsplatz- und Lehrstellenabbau bei der Post.
- Übernahme aller Auszubildenden in ihren erlernten Beruf.
- Umwandlung aller Zeitverträge in unbefristete Arbeitsverträge.
- Das Recht auf einen Vollarbeitsplatz für jeden Teilzeitbeschäftigten.
- Massive Arbeitszeitverkürzungen für alle bei vollem Lohnausgleich;
 - sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche;
 - 1 1/2-facher Freizeitausgleich für Nacht-, Wochenend- und Feiertagsdienst;
 - mindestens 6 Wochen Urlaub für alle.Jede Erhöhung der Arbeitsproduktivität muß den Beschäftigten zugute kommen.
- Für einen Mindestlohn von 1500,- DM netto für einen Vollarbeitsplatz und entsprechenden Mindestlohn für Teilzeitarbeit.
- Massive Erhöhung der Schichtzulagen.
- Ein einheitliches Dienstrecht für die Post-Beschäftigten mit Arbeitsplatzgarantie und vollen demokratischen Rechten (einschließlich Streikrecht) für alle.

*Wir privatisieren nur Pferde
und Kutsche - das Gepäck
behaltet ihr ...*



Demokratische Arbeiterverwaltung statt kapitalistisches Management und staatliche Bürokratie

„Verstaatlichung bringt nichts, das sieht man bei den Staatsbetrieben. Staat heißt: Bürokratie, Fehlplanung, Ineffektivität.“ Dies ist eine gängige Meinung. Geschürt wird sie vor allem von Privatunternehmern, ihren politischen Vertretern in CDU, CSU und FDP sowie der bürgerlichen Presse.

Tatsache ist: Die Privatindustrie profitiert am meisten von den Staatsbetrieben. Post, Bahn und andere öffentliche Unternehmen sind absolut notwendig für den Wirtschaftsablauf. Daß diese Unternehmen staatlich sind, liegt einzig und allein daran, daß die Investitionen, zu ihrem Aufbau so hoch waren, daß kein Kapitalist bereit war, sie zu finanzieren.

So mußte der preußische Staat vor über 100 Jahren die Thurn- und Taxische Postverwaltung für 3 Millionen Taler übernehmen, sonst wäre sie eingegangen. Heute, da eine perfekte Infrastruktur vorhanden ist und Teilbereiche staatlicher Betriebe Gewinne abwerfen, verlangen die Kapitalisten und Börsenspekulanten ihre Privatisierung. Verlustbringende Teile sollen beim Staat bleiben und der Steuerzahler, sprich die arbeitende Bevölkerung, soll sie bezahlen.



Die Unternehmer verlangen von der Post günstige Tarife für ihre Inanspruchnahme. Damit nicht genug, sie wollen bei den Postgebühren eine Tarifstruktur zu ihren Gunsten. Während jeder Privatunternehmer sich weigert, Aufträge anzunehmen, die nicht kostendeckend bzw. gewinnbringend sind, muß die Post alles annehmen. Was würden die Zeitungskonzerne sagen, wenn die Post die Zeitungszustellung auf dem flachen Land einstellen würde, weil sie nicht rentabel ist?

Unternehmer bestimmen über die Post

Banken, Bauunternehmer, Elektronikkonzerne und andere Privatunternehmer verdienen durch die Post einen beachtlichen Teil ihrer Profite.

Es gibt eine enge personelle Verflechtung zwischen dem Management der Hoflieferanten der Post, v.a. Siemens, und den entscheidenden Instanzen bei der Post. Die technischen Standards der Post werden über den Normungsausschuß von Siemens bestimmt. Der für den Bereich Fernmeldetechnik zuständige Siemens-Vorstand sitzt gleichzeitig als Sachverständiger im Postverwaltungsrat. Vor drei Jahren bewegte er Postminister Schwarz-Schilling dazu, die für Ende der 80er geplante Glasfaser-Verkabelung vorzuziehen. Die Firma Siecior, zur Hälfte in Siemens-Eigentum, hatte gerade die modernste Glasfaserfabrik in Betrieb genommen.

Im obersten Organ der Post, dem Verwaltungsrat, haben die

Unternehmer das Sagen. Von 24 Mitgliedern sind allein fünf aus der Privatwirtschaft. Und die „Regierungskommission Fernmeldewesen“, die den Entwurf für die Zerschlagung der Post lieferte, setzt sich – abgesehen von einem Vertreter der Postgewerkschaft und einigen Parteien-Vertretern – aus einem erlauchten Kreis von Banken- und Industrievertretern und hochdotierten unternehmerfreundlichen Professoren zusammen.

Staatliche Bürokratie

Die gleichen Leute, die über die Bürokratie bei der Post lamentieren, haben die Macht im Staat. Sie setzen die Spitze der Bürokratie ein und sind verantwortlich für die undemokratischen hierarchischen Strukturen.

Und wie überall sind die Folgen staatlicher Bürokratie: Fehlentscheidungen, Mißwirtschaft, Leerlauf, Korruption. Daran ändern auch Gewerkschaftsvertreter nichts, die in den führenden Gremien der Post sitzen. Diese Spitzenfunktionäre in den Führungsgremien staatlicher Betriebe vergessen leider oft, woher sie kommen und wessen Interessen sie zu vertreten haben. Nicht selten wechseln sie – angelockt von noch höheren Einkommen – in Vorstände oder Ministerien über und arbeiten dann gegen die Gewerkschaften.

Das grasseste Beispiel in der jüngsten Geschichte lieferte Kurt Gscheidle. Er war von 1957 bis 1969 stellvertretender Vorsitzender der Postgewerkschaft. Während der sozialliberalen Koalition wurde er SPD-Postminister. In dieser Position machte er eine Politik gegen die Interessen der Postbeschäftigten. Die Postgewerkschaft sah sich sogar gezwungen, ein Ausschlußverfahren gegen ihn einzuleiten.

Damit die Post endlich im Interesse der Masse der Bevölkerung und der Postbeschäftigten funktioniert und damit die Kreativität und Initiative der Postbeschäftigten voll entwickelt und genutzt werden kann, muß die Post aus den Krallen von Privatindustrie und staatlicher Bürokratie befreit werden. Dies ist nur möglich durch eine demokratische Verwaltung der Post.

Deshalb fordern wir:

- Alleinige Verwaltung der Post durch einen Verwaltungsrat, der sich aus einem Drittel gewählter Belegschaftsvertreter, einem Drittel gewählter Vertreter des DGB und einem Drittel Vertreter des Staates zusammensetzt.
- Die gewählten Vertreter von Belegschaft und DGB müssen jederzeit abwählbar sein und dürfen nicht mehr verdienen als das durchschnittliche Gehalt der Postbeschäftigten.
- Wahl aller Vorgesetzten bei der Post durch die ihnen untergeordneten Beschäftigten (einschließlich der Möglichkeit jederzeitiger Abwählbarkeit).

Belegschaftsvertreter und DGB-Vertreter haben die Interessen der Postbeschäftigten bzw. der gesamten arbeitenden Bevölkerung zu vertreten. Und weil die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung zur Arbeiterklasse gehört, ist es höchst demokratisch, wenn diese Vertreter zusammen eine 2/3 Mehrheit im Verwaltungsrat der Post haben. Die 1/3 Staatsvertreter haben die Funktion, die notwendige branchenübergreifende und auch internationale Kooperation zu gewährleisten.

Für mehr gewerkschaftliche Demokratie

Im Gegensatz zum Schwarz-Schilling-Ministerium stellen die Postbeschäftigten eine hochqualifizierte und kreative Kraft dar mit der Fähigkeit zur demokratischen und effektiven Verwaltung der Post.

Eine demokratische Verwaltung von Staatsbetrieben muß aber Hand in Hand gehen mit einer Demokratisierung der Gewerkschaften: Denn allzuoft sind Gewerkschaftsvertreter von ihrer Basis abgehoben und sehen nicht mehr deren Bedürfnisse.

Unsere Forderungen:

- Wählbarkeit aller Funktionäre und das Recht auf jederzeitige Abwählbarkeit.
- Kein hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär darf mehr verdienen als ein qualifizierter Facharbeiter oder Sachbearbeiter.
- Jedes Gewerkschaftsmitglied muß die Möglichkeit haben, als Gewerkschaftsvertreter für alle Verwaltungsgremien zu kandidieren.

Für eine sozialistische Planwirtschaft

Eine Post unter Arbeiterverwaltung und -Kontrolle könnte der Ausgangspunkt werden für eine demokratisch geplante Wirtschaft.

Während die Führungsgremien auf allen Ebenen mehrheitlich aus demokratisch gewählten Vertretern der Postgewerkschaft und des DGB bestünden, könnten Hausfrauen, Handwerker und andere Verbrauchervertreter bei der Weiterentwicklung und Verbesserung der Postdienste einbezogen werden. In einem demokratisch entwickelten Plan könnte entschieden werden, welche Zukunftsinvestitionen getätigt werden. Ob weiter in den Ausbau des Bildschirmtextsystems investiert wird; ob weiter Kupferkabel oder Glasfaser verlegt wird oder ob man gleich zum direktstrahlenden Satelliten übergeht.

Um zu vermeiden, daß die Post wirtschaftlich erpreßt werden kann, muß dem Ruf nach Privatisierung mit der Forderung nach Verstaatlichung der Konzerne und Banken, die heute an der Post verdienen, begegnet werden. Erst wenn die Post nicht mehr durch Privatunternehmer ausgesaugt wird und alle gesellschaftlichen Ressourcen im Interesse der Masse der Bevölkerung und der Umwelt eingesetzt werden, ist eine harmonische Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft möglich.

Die Post hat 1988 20 Mrd. DM investiert. Privatkonzerne könnten das auch – aber sie tun es nicht. Im Unterschied zu den staatlichen Betrieben investieren sie nur dann, wenn ihnen die Profitaussichten hoch genug erscheinen. Weil das in den letzten Jahren nicht der Fall war, haben sie mit ihrem Geld hauptsächlich spekuliert. Das kann nicht so weitergehen. Wir brauchen diese Mittel, die von der Arbeiterklasse erarbeitet wurden, für die allgemeine Hebung des Lebensstandards, für die Beseitigung materieller Armut, für Wohnungsbau, Umweltsanierung und Umweltinvestitionen, für die Finanzierung von Arbeitszeitverkürzung . . .

Demokratische Planung der Wirtschaft

Während die Informations- und Kommunikationstechnologie wie jede Rationalisierungstechnologie unter kapitalistischen Ver-

hältnissen zum sozialen Rückschritt für die Arbeiterklasse führt, könnte sie in einer demokratisch geplanten Wirtschaft zu enormen Arbeitszeitverkürzungen genutzt werden – nicht nur bei der Post, sondern in der ganzen Industrie, in Wirtschaft und Verwaltung.

Die moderne Telekommunikation bietet außerdem eine ideale Voraussetzung dafür, die Masse der Bevölkerung in die demokratische Planung der Wirtschaft einzubeziehen. Es können jederzeit in Sekundenschnelle die Bedürfnisse der Konsumenten festgestellt, alle wirtschaftlichen und technischen Daten können überall aktuell zur Verfügung gestellt werden.

Deshalb kann der Kampf um die demokratische Arbeiterkontrolle von Post, Bahn und anderen staatlichen Betrieben nur Ausgangspunkt für den Kampf um die Verstaatlichung der Großkonzerne, Banken, Versicherungen, d.h. aller Schlüsselbereiche der Wirtschaft, unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung sein.

Dies muß das Programm von Postgewerkschaft, DGB und SPD in der Diskussion über die Zerschlagung der Post werden. Aber dieses Programm darf nicht nur auf dem Papier stehen, sondern es muß zu einem Aktionsprogramm werden. Es muß auf allen Ebenen innerhalb von Gewerkschaften und Partei diskutiert werden und es müssen für seine Durchsetzung stattfinden: Veranstaltungen, Demonstrationen, Gesetzesentwürfe, Warnstreiks und – wenn nötig – Massenstreiks.

Wir fordern:

- Verstaatlichung der ca. 200 größten Konzerne in der Bundesrepublik (einschließlich Banken und Versicherungen) unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung.
- Zusammenfassung aller Banken mit den Postgiro- und Postsparkassen zu einer nationalen Bank.
- Arbeitsplatzgarantie für alle Beschäftigten im verstaatlichten Sektor.



Der acht tägige Streik bei der Bundesdruckerei in Berlin, Bonn und Neu-Isenburg vom 27.4. bis 6.5.1988 zeigte, daß ein geschlossener Kampf, vor allem Streiks, Voraussetzung für den Erfolg der Arbeiter sind. Die in der Postgewerkschaft organisierten Angestellten der Bun-

desdruckerei, die von den Arbeitern unterstützt wurden (diese sind in der IG Druck und Papier), hatten Monate und Jahre vorher die Erfahrung gemacht, daß schöne Appelle an Schwarz-Schilling nichts nützen. Nur die Streikmaßnahmen brachten Erfolg.

Millionen sind stärker als Millionäre

Gewerkschaftliche Kampfkraft voll nutzen

An der Zerschlagung der Post hat nur eine winzig kleine Minderheit von Großkonzernen, Banken und Börsenspekulanten Interesse. Ihnen gegenüber steht die Masse der arbeitenden Bevölkerung, die privaten Haushalte und vor allem die 550.000 Postbeschäftigten. Und Millionen sind bekanntlich stärker als Millionäre. Allerdings nur dann, wenn sie einen konsequenten Kampf führen gegen die Millionäre. Und der kann nur von der organisierten Arbeiterbewegung (Postgewerkschaft, DGB, SPD) geführt werden.

In der Auseinandersetzung um die Zerschlagung der Post reicht es nicht, einen reinen Abwehrkampf zu führen. Wir müssen mit der Forderung nach einer Postreform im Interesse der Postbeschäftigten und der Masse der Verbraucher in die Offensive gehen. Mit der Verteidigung der Post als „Bürgerpost“ oder „unserer bewährten Bundespost“ verteidigt man die ganzen Mißstände, die es heute für Postbeschäftigte und Verbraucher gibt und überläßt es den Konservativen, diese Mißstände demagogisch für ihre Interessen auszuschlachten.

Postgewerkschaft und DGB haben mit einer Aufklärungskampagne in der Öffentlichkeit begonnen und Unterschriften gesammelt. Dieser Ansatz ist zu begrüßen. Allerdings wird die Unterstützung durch die Masse der Verbraucher passiv bleiben, wenn die Gewerkschaft nicht weitere Kampfsschritte unternimmt. Die Verbraucher haben keine Organisation, die einen Kampf organisieren könnte. Und vor allem haben sie keine ökonomische Macht. Die eigentliche Macht liegt bei den Gewerkschaften. Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.

Der Kampf gegen die Zerschlagung der Post muß auf den Lehren der Vergangenheit aufbauen. Die Entwicklung der Auseinandersetzung um die Arbeitszeitverkürzung ist eine Warnung für die Postgewerkschaft. Bereits 1977 hat der Gewerkschaftstag die 35-Stunden-Woche als Tarifziel beschlossen. Bis heute ist dieses Ziel nicht annähernd erreicht. Anstatt die volle Kampfkraft der Gewerkschaften im Öffentlichen Dienst zu mobilisieren, wurden immer wieder kampfflos Kompromisse gemacht. Das Ergebnis ist, daß der Arbeitsplatzabbau weiter fortschreitet.

Mitten in der Tarifrunde 1988 wurde bekannt, daß Schwarz-Schilling allein 1988 bei der Post 10.000 Arbeitsplätze abbauen will. Die Gewerkschaftsführung hätte auf diese Provokation mit der Forderung nach Garantie für die bestehenden Arbeitsplätze und für die Neuschaffung von Arbeitsplätzen entsprechend der geforderten Arbeitszeitverkürzung antworten müssen.

Wie kämpfen? Protest und Streik!

Wenn die Gewerkschaft in der jetzigen Auseinandersetzung nicht ihre ganze Kampfkraft in die Waagschale wirft, besteht die Gefahr einer Niederlage.

Jeder Schritt von Schwarz-Schilling muß mit Aktionen der Postgewerkschaft und des DGB beantwortet werden, bis die Pläne vollständig zurückgenommen sind. Postwurfaktion, Aktionstage, Abstimmung und vor allem die Bonner Großdemonstration – dies waren und sind lediglich die ersten Schritte, um die Mitgliedschaft zu mobilisieren, um uns selbst zu zeigen, wie stark wir sind. Die Kampfbereitschaft bei den Postkollegen ist jetzt schon außeror-

dentlich hoch. In der DPG-Umfrage Anfang September erklärten sich 91,1% der befragten Postler bereit, an weiteren Aktionen gegen die Privatisierung teilzunehmen. Nun sollten auch alle zum Kampf aufgerufen werden.

Falls sich die Regierung von der jetzt stattfindenden Demonstration am 16.11. nicht von ihren Plänen abbringen läßt, sollte die DPG nicht vor einem Streik zurückschrecken. Mitglieder des DPG-Vorstandes verweisen oft darauf, daß Streiks nicht möglich wären. In einem Interview mit VORAN (Nr. 104) sagte z.B. Rolf Büttner: „Es besteht breiter Konsens innerhalb unserer Organisation, daß die Poststrukturveränderung nicht im klassischen Sinne ‚streikfähig‘ ist.“

Auf dem Gewerkschaftstag der Postgewerkschaft 1986 hat der Hauptvorstand bereits angekündigt, daß das Beamtenstreikrecht gegebenenfalls durch kollektive Arbeitsniederlegung durchgesetzt werden muß. Man kann nicht den Beschluß fassen, daß auch Beamtenstreiks legitim sind und ihn dann fallenlassen, wenn er aktuell ist.

Das Wort von der „Streikunfähigkeit“ kann sich auch nicht auf eine mangelnde Streikstimmung bei den Post-Kollegen beziehen, denn dazu wurden sie bisher nicht befragt. Allerdings: Die Demonstration ist eine Abstimmung mit den Füßen für wirklichen Kampf, der über verbalen Protest hinausgehen muß. Siegen können wir nur, wenn wir unseren Gegner wirtschaftlich in die Knie zwingen. Wenn die Post stillsteht, funktioniert die ganze Wirtschaft nicht mehr. Streik ist die beste Waffe!

Die Regierung wird natürlich versuchen, politische Streiks für illegal zu erklären und die Justiz einzusetzen, um sie zu verbieten. Davon darf sich die Gewerkschaftsbewegung aber nicht einschüchtern lassen. Hätten sie sich immer an die geltenden Gesetze gehalten, gäbe es heute weder Gewerkschaften noch gewerkschaftliche Rechte.

Das gilt auch für den Beamtenstreik. Viele Gewerkschafter sind der Meinung, daß die Post wegen der vielen Beamten streikunfähig sei. Wenn man die bestehenden Gesetze akzeptiert, stimmt das. Aber kann man diese Gesetze akzeptieren, wenn die Existenz von hunderttausenden Beschäftigten auf dem Spiel steht?

Wenn uns die Herrschenden Gesetzesbruch vorwerfen, sollte man sie auch mal daran erinnern, daß nicht mal sie ihre eigenen Gesetze einhalten. Schwarz-Schilling hat z.B. in seiner Batteriefabrik in Berlin die Grenzwerte für Blei überschritten und damit die Gesundheit von Anwohnern in Gefahr gebracht. Bei den ganzen Skandalen, in die die Regierung verwickelt war, wurde zigmal Gesetzesbruch begangen.

Und dann sollen sich die Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht das Recht nehmen, durch Streik ihre existentiellen Interessen zu verteidigen?

Wo Recht zu Unrecht wird, ist Widerstand Pflicht. Und genau das ist bei der Zerschlagung der Post der Fall.



Die Stärke der Arbeiter

Auch die Stahlarbeiter in Rheinhausen mußten gegen geltendes Recht verstoßen. Sie haben Straßen blockiert, Hausfriedens- und Landfriedensbruch begangen, ohne daß Polizei oder Staatsanwaltschaft es gewagt hätten, dagegen vorzugehen. Der einzige Grund dafür ist die Angst der Herrschenden vor mächtigen Gewerkschaften. Wie sagte doch der ehemalige Chef des Verfassungsschutzes Günther Nollau: „Gegen Terroraktionen kleiner Gruppen kann unsere Gesellschaft ihre Zwangsmittel einsetzen. Ob unsere Demokratie die Kräfte besitzt, Maschinengewehre gegen revoltierende Arbeitermassen zu richten, bezweifle ich.“

Die Postgewerkschaft ist die fünftgrößte Einzelgewerkschaft im DGB. Über 70% der Postbeschäftigten sind in ihr organisiert. Der DGB und die Einzelgewerkschaften haben der DPG im Kampf gegen die Pläne von Schwarz-Schilling ihre Unterstützung zugesagt. Bei aktiver Unterstützung durch die DGB-Gewerkschaften ist die Postgewerkschaft unschlagbar.

In keinem Fall kann sich die Postgewerkschaft auf Gerichte oder bürgerliche Politiker verlassen. Wer denkt, man könnte sich durch einen zurückhaltenden Kampf Unterstützung aus dem bürgerlichen Lager holen, täuscht sich. Auf sie ist kein Verlaß und man schwächt dadurch die eigene Kampfkraft. Der Kampf gegen den § 116 hat gezeigt, daß auch auf die Sozialausschüsse in der CDU (CDA) kein Verlaß ist, wenn es hart auf hart kommt.

Wenn die Gewerkschaftsführung zögert und keinen konsequenten Kampf führt, gibt es Verwirrung in der Mitgliedschaft. Die Gegenseite wird ermuntert und die Gefahr einer Niederlage steigt.

Die Führung der Postgewerkschaft muß das Vertrauen in die Stärke der Postbelegschaft aufbauen. Sie muß klarmachen: Falls Schwarz-Schilling mit seinen Plänen durchkommt, würde das zu einer ungeheuren Schwächung der Postgewerkschaft führen. Die Managements der einzelnen Postbereiche würden sich dann jede Belegschaft einzeln vorknöpfen.

Unter diesen Bedingungen wäre es viel schwieriger, einen Abwehrkampf zu führen. Eine Niederlage im jetzigen Kampf würde zur Demoralisierung in der Mitgliedschaft führen und diese Demoralisierung würde von den Chefs benutzt werden, um noch härtere Angriffe durchzuführen. Soweit darf es nicht kommen!

SPD

Die SPD kann eine wichtige Rolle im Kampf gegen die Zerschlagung der Post spielen. Die Debatten im Bundestag über Schwarz-Schillings Gesetzesvorhaben müssen für eine kompromißlose Oppositionspolitik genutzt werden. Die SPD-Führung muß deutlich machen, daß die Regierung nichts anderes ist als ausführendes Organ mächtiger Kapitalinteressen – bestrebt, die Masse der Verbraucher und die Postbeschäftigten zahlen zu lassen.



Beamtenstreik ist möglich! Dies haben Ende Oktober die streikenden Lehrer in Hamburg gezeigt. An etwa der Hälfte der Schulen war kein Unterricht möglich. Viele Schüler und Eltern unterstützten die Lehrer. Die Lehrer forderten neue Stellen über Arbeitszeitverkürzung. Jetzt ist der Damm gebrochen. Auch in anderen Landesteilen wird über Beamtenstreik diskutiert; der DGB in Hessen kündigte schon Protestaktionen der Beamten während der Arbeitszeit an. Wenn die Postler streiken, werden sich viele andere Kollegen aus dem öffentlichen Dienst und auch aus anderen Branchen anschließen. Keine Drohung des Staates könnte umgesetzt werden.

Die SPD muß einen eigenen Gesetzentwurf für eine Postreform im Sinne einer demokratischen Arbeiterverwaltung und -kontrolle einbringen. SPD-regierte Länder und Städte müssen lokale und landesweite Aktionen der Postgewerkschaft offiziell unterstützen. Der Parteivorstand muß die gesamte Mitgliedschaft über Schwarz-Schillings Pläne aufklären. Auf allen Ebenen muß es zu einer engen Zusammenarbeit zwischen Postgewerkschaft und Partei kommen.

Der Kampf gegen die Zerschlagung der Post kann nicht isoliert vom Kampf gegen andere Angriffe gesehen werden. Die Beschäftigten bei der Bahn und in anderen Staatsbetrieben sind mit ähnlichen Angriffen konfrontiert. Die ganze arbeitende Bevölkerung und die Jugend hat unter der Politik der Kohl-Regierung zu leiden. SPD und DGB müssen deshalb breiten Widerstand organisieren. Alle einzelnen Kämpfe müssen zu einer einheitlichen Massenbewegung zusammengefaßt werden, mit dem Ziel, die Kohl-Regierung endlich in die Knie zu zwingen.

3.11.1988

Wenn Du Interesse an unseren politischen Ideen hast, melde Dich bei
Redaktion VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1 Telefon 0221/ 13 45 04
oder schicke uns untenstehenden Abschnitt ein

Die Zeitung VORAN wird von aktiven SPD-Mitgliedern, Jungsozialisten, Gewerkschaftern und Falken getragen, die sich als Marxisten verstehen und für eine konsequente sozialistische Politik dieser Organisationen einsetzen. Wir treten für eine sozialistische Demokratie in West und Ost ein, d.h. für den Sturz des Kapitals im Westen und der Bürokratenherrschaft im Osten.

Wir kämpfen für

- Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, als ein Schritt zur weiteren Arbeitszeitverkürzung und Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle.
- Drastische Kürzungen der Militärausgaben.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie, verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. Ersatzarbeitsplatz-Garantie für die Beschäftigten.
- Garantierter Mindestlohn von 1500 DM für alle. Einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung.
- Rücknahme aller Kürzungen und ein staatliches Programm zur Förderung des Wohnungsbaus, der Gesundheitsfürsorge, der Bildung
- Überführung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratische Arbeiterkontrolle. Demokratische Verwaltung der verstaatlichten Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. je 1/3 Vertreter der Belegschaft, der Gewerkschaft und des Staates), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

Ich möchte
VORAN

kennenlernen und bitte um weitere Informationen

Name

Anschrift

Telefon

Ich möchte

Eine Probe-Nummer von VORAN

VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM

.... Exemplare dieser Postbroschüre

Infos über weiteres politisches Material von Euch

PschA Essen, BLZ 360 10043

Konto-Nr. 2500 59-430

Einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1